

KRANKENHÄUSER UND PFLEGEEINRICHTUNGEN

Schon zu Beginn der Corona-Krise haben auch die kommunalen Krankenhäuser alle verfügbaren **Kapazitäten für Corona-Patienten vorgehalten** und alle planbaren **Operationen abgesagt**. Dies hatte massive Einnahmeverluste zur Folge.

Finanzsituation

- Strukturelle Probleme: **Überkapazitäten** (durchschnittl. Bettenbelegung (ohne Corona-Bezug): 77 %), **stark steigende Kosten** (v.a. Personal).
- Die Zahl der **stationär behandelten Patienten geht seit 2017 zurück**.
- Das durchschnittliche **Jahresergebnis** der Krankenhäuser sank von 2,2 % im Jahr 2016 auf 1,2 % im Jahr 2018 und beträgt im Jahr 2019 lediglich **0,3 %** des Umsatzes.
- Fast die **Hälfte der Krankenhäuser** schloss das letzte Jahr mit einem **Verlust** ab.
- **Strukturelle Finanzierungsprobleme** werden 2020 durch die Stützungsprogramme der Bundesregierung im Umfang von bis zu 10 Mrd.€ **überdeckt**, aber nicht gelöst.

Zahl von Behandlungsfällen zwar nahezu kompensieren. Auch für die kommenden Jahre gehen die Wissenschaftler des RWI aber von **stagnierenden Fallzahlen** aus, weil sich der Trend zu immer mehr ambulanten Behandlungen fortsetzt, die wiederum deutlich schlechter vergütet werden als stationäre Fälle.¹ Die Kombination aus strukturellen Problemen und der Corona-Krise stellen die Krankenhäuser vor massive Probleme.

Überzogene Gewerkschaftsforderungen

Mitten in diese Krise hinein erneuern die Gewerkschaften ihre Forderungen **aus der Tarifrunde 2018** (Einrechnung der gesetzlich vorgeschriebenen Pausenzeiten bei



ÖFFENTLICHER DIENST:
**KRISENFEST.
ZUKUNFTSSICHER.**

KRANKENHÄUSER UND PFLEGEEINRICHTUNGEN

Kostenbelastung

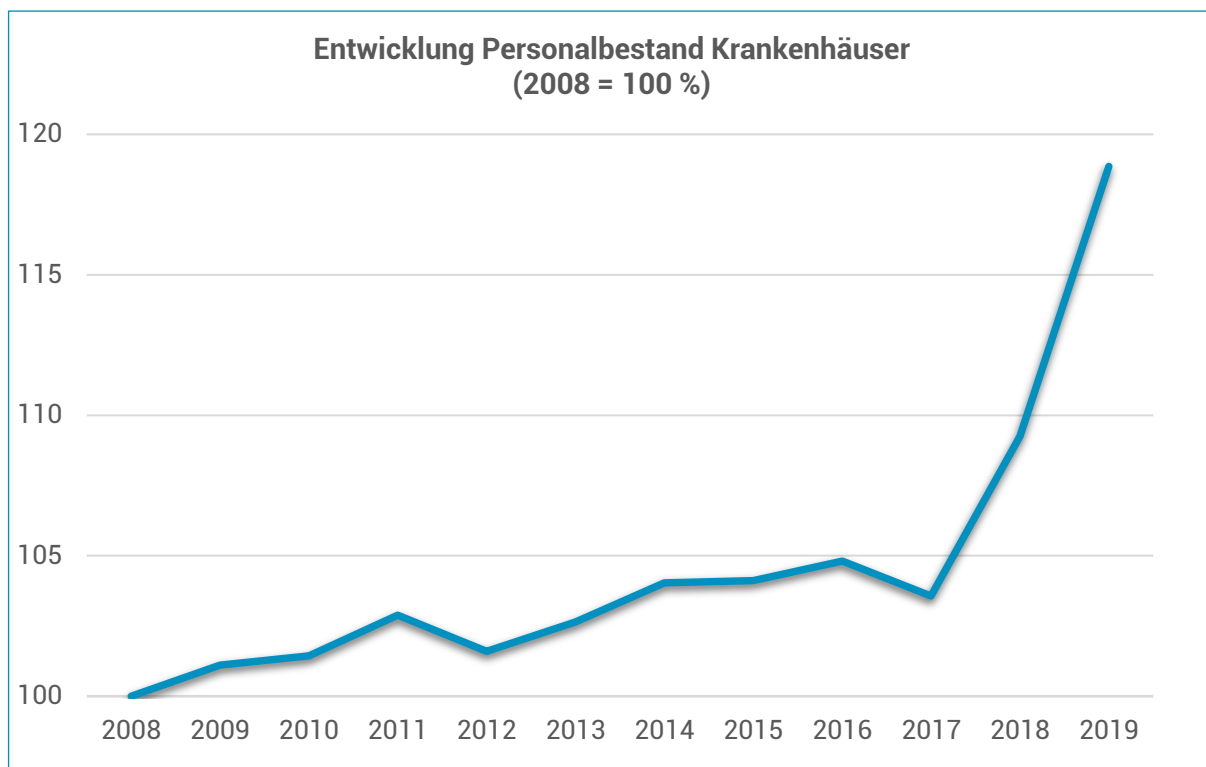
Im Verlauf der Pandemie zeigte sich, dass die **Ausgleichszahlungen** des Bundes insbesondere für große Krankenhäuser mit hohen Vorhaltekosten **nicht ausreichen**. Diese Krisensituation traf die Krankenhäuser zusätzlich zu der ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser, die sich **seit 2017 kontinuierlich verschlechtert hat**. Die Zahl der stationär behandelten Patienten geht zurück. Bis 2017 konnten die Krankenhäuser die steigenden Kosten durch eine steigende

Krankenhäuser u. Pflegeeinrichtungen als kommunale Arbeitgeber:

- **Tarif-Beschäftigte** (nicht-ärztlich) in **Krankenhäusern**: rund **421.600** (Anteil VKA-Gesamt: 19,1 %).
- **Tarif-Beschäftigte** (nicht-ärztlich) in **Pflege- u. Betreuungseinrichtungen**: rd. **68.800**.
- **Auszubildende**: rund **36.000** (Anteil VKA-Gesamt: 36,7 %).
- Gegenüber 2008 **gestiegene Personalzahl**: insg. um **18,9 %** (Krankenhäuser) bzw. **36,7 %**

¹ Krankenhaus Rating Report 2020, RWI Essen, 18. Juni 2020

Wechselschichtarbeit und die Erhöhung des Zuschlags für Samstagsarbeit außerhalb von Wechselschicht-/Schichtarbeit von 0,64 Euro auf 20 Prozent). In der zweiten



Verhandlungsrunde forderten die Gewerkschaften zusätzlich die **Einführung einer Pflegezulage** in Höhe von 300 Euro monatlich für alle Beschäftigten der Pflege-Tabelle sowie die **Angleichung der Entgelte** für Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst an Klinik-Ärzte. **Das Volumen der Forderungen würde die finanzielle Leistungsfähigkeit einiger Krankenhäuser übersteigen und in jedem Falle zu wesentlichen Wettbewerbsnachteilen führen.** So führen die Forderungen der Gewerkschaften zu Mehrkosten in Millionenhöhe: 832,7 Millionen Euro für die Entgelte der Beschäftigten und Azubis, fast 32 Millionen Euro für den Samstagszuschlag, ein ebenfalls geforderter zusätzlicher freier Tag kostet mehr als 78 Millionen Euro und die Anpassung der Arbeitszeit Ost führt zu weiteren 8,2 Millionen Euro. Darüber hinaus wären Mehrkosten in Höhe von rund 240 Millionen Euro im Krankenhausbereich die Folge, wenn im Pflegebereich eine Zulage von allein 100 Euro monatlich gezahlt werden würde (+ 1,53 Prozent). In den Pflege- und Betreuungseinrichtungen führt diese Zulage zu einem Kostenanstieg um 25,2 Millionen Euro (+ 0,92 Prozent). Die Gewerkschaftsforderung zur Pauseneinrechnung bei Wechselschichtarbeit schlägt mit rund 530 Millionen Euro zu Buche. **Das Gesamtvolumen** macht für die kommunalen Krankenhäuser damit rund **1,75 Milliarden Euro** aus. **Das Forderungsvolumen im Gesundheitsbereich** würde sich damit bei den kommunalen Krankenhäusern um knapp **12 Prozent** erhöhen. Zugleich bestünde bei Einrechnung der gesetzlichen Pausenzeiten ein **Personalmehrbedarf** von über **9 Prozent**, wobei sich derzeit kaum Ersatz am Arbeitsmarkt finden lässt. Hier besteht die Gefahr, dass die kommunalen Krankenhäuser die Gesundheitsversorgung nicht mehr sicherstellen können.

Zu den von den Gewerkschaften regelmäßig auf 2,4 Millionen bezifferten Corona-Helden machte die VKA mehrfach deutlich, dass die **Belastung** der Beschäftigten in den vergangenen Monaten sehr **unterschiedlich** war, **auch regional**. Es gab Beschäftigte, bei denen es im Zuge der Corona-Krise zu **Mehrarbeit** kam, andere hingegen haben ihre Überstunden abgebaut. Die Pauschalierung der Gewerkschaften wird der Situation vor Ort nicht gerecht und somit auch nicht denjenigen gegenüber, die tatsächlich außergewöhnlich belastet waren. Es ist den kommunalen Arbeitgebern wichtig, in der Tarifrunde 2020 differenzierte Lösungen zu finden, die die unterschiedlichen Belastungen der Beschäftigten widerspiegeln.

Angebot der Arbeitgeber

Die Arbeitgeber haben am 16. Oktober ein Angebot unterbreitet, das – neben den allgemeinen Entgelterhöhungen und Änderungen – einen besonderen Schwerpunkt auf den Bereich der Krankenhäuser und der Pflege- und Betreuungseinrichtungen legt. So soll eine neue monatliche Zulage für diese Bereiche geschaffen werden, die **Pflege-Zulage**, die nach diesem Angebot mit 50 Euro beziffert wird. Die beiden Psychiatriczulagen werden im Gegenzug gestrichen. Die monatliche **Intensivzulage** soll von 46,02 Euro auf 96 Euro mehr als verdoppelt werden. Die **Zulagen** für Beschäftigte im Bereich der Krankenhäuser und der Pflege- und Betreuungseinrichtungen, die **Wechselschicht** leisten, soll um fast 50 Prozent erhöht werden. Für Beschäftigte in der Intensivpflege, die alle drei Zulagen erhalten, ergibt sich allein daraus eine Entgelterhöhung um monatlich 150 Euro. Zusammen mit der Erhöhung der Entgelte führt das zu einem **Gehaltsplus von bis zu 8,5 Prozent**.

„Die Krankenhäuser haben mit erheblichen finanziellen Auswirkungen durch die corona-bedingten Einschränkungen zu kämpfen. Unabhängig von dieser schwierigen Lage erkennen wir mit unserem Angebot an, dass das Entgelt für die Beschäftigten in der Pflege angepasst gehört. Insbesondere für die Bereiche, in denen die Belastung der Beschäftigten besonders hoch ist.

Wir fordern die Arbeitnehmervertreter auf, sich konstruktiv an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Warnstreiks verschärfen die aktuelle Situation unnötig.“

Wolfgang Heyl

Geschäftsführer Bürgerhospital und Clementine Kinderhospital gemeinnützige GmbH, Vorsitzender des VKA-Gruppenausschusses für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen

Das Angebot der Arbeitgeber ist differenziert und honoriert die Bereiche, in denen die Belastung für die Beschäftigten höher ist, als in anderen Bereichen.